

**TOP 1 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

**Sitzungsverlauf:**

Gemäß § 35 Abs. 1 Satz 4 der Gemeindeordnung sind die in der nichtöffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse in der nächsten öffentlichen Sitzung bekannt zu geben, sofern nicht das öffentliche Wohl oder berechnigte Interessen Einzelner entgegenstehen.

In der nicht öffentlichen Sitzung des **Gemeinderats am 12.03.2009** wurde folgender Beschluss gefasst:

Die Stadt Schwetzingen verkauft zum Bau des Kaufland-Marktes ein Grundstück in der Carl-Theodor-Straße an die Kaufland Dienstleistungs GmbH & Co.KG.

Die übrigen Beschlüsse sind nicht zur Bekanntgabe geeignet.

**TOP 2    Bürgerfragestunde**

**Sitzungsverlauf:**

Herr Ortelt aus dem Zuhörerraum bittet um den aktuellen Sachstand auf den ein Jahr alten Antrag der Freien Wähler nach einem Pflegestützpunkt in Schwetzingen. Darüber hinaus habe der Oberbürgermeister in seinem Wahlprogramm einen Streetworker für Schwetzingen versprochen, wie sehe es hier aus?

Der Vorsitzende erklärt, dass es eine Vereinbarung der Krankenkassen mit den Spitzenverbänden der Kommunen gebe, in Baden-Württemberg 50 Pflegestützpunkte einzurichten. Die Entscheidung werde allerdings auf Kreisebene getroffen. Er habe sich für Schwetzingen eingesetzt.

Zur zweiten Frage erklärt der Vorsitzende, dass er ein Jugendbüro einrichten wolle, das teilweise auch diese Aufgabe übernehme. Der Gemeinderat habe Mittel im Haushalt eingestellt. Zurzeit verhandle man mit einem freien Träger.

### **TOP 3 Neugestaltung Schlossplatz - Realisierung Bauabschnitt 1 + 2 Vorlage: 687/2009**

#### **Sitzungsverlauf:**

Der Vorsitzende informiert, dass man auf der Klausurtagung des Gemeinderats nochmals über die Neugestaltung des Schlossplatzes gesprochen habe. Man könne hier zusätzliche Gelder aus dem Konjunkturpaket II erhalten, der Antrag sei gestellt. Eine Entscheidung ergehe voraussichtlich bis Mai. Wenn man beide Bauabschnitte in einem mache, habe man zusätzliche Einsparungen. Darüber hinaus sei man der Meinung, dass man der Bürgerschaft keine weitere Großbaustelle in Schwetzingen zumuten solle. Daher solle die Neugestaltung auf 2010 verschoben werden, wenn man die Mittel bekomme.

Die Ausführungen von Stadtrat Dr. Förster sind als Anlage beigefügt.

Stadtrat Dr. Manske unterstreicht die Worte seines Vorredners und freut sich insbesondere auf die Entzerrung der Baumaßnahme. Er bittet um Erläuterung durch den Vorsitzenden, was unter der Pressemitteilung des Wirtschaftsministeriums zu verstehen sei, nach der Schwetzingen 1 Mio. EUR erhalte, u. a. für die Umnutzung des ehemaligen Kinos „Capitol“.

Stadtrat Dr. Grimm hält die Entkopplung der Baumaßnahmen für sinnvoll, da man immense Verkehrsprobleme befürchte. Aufgrund der Mehrkosten von 1,4 Mio. EUR habe seine Fraktion zunächst nur den Austausch der Bäume befürwortet und man habe sich bei der Beschlussfassung enthalten, da man eine Lösung ohne Ampeln für nicht machbar halte. Man habe ursprünglich einen Natursteinbelag gewollt, der jedoch nur bei Realisierung der Osttangente möglich sei. Man wolle keinen Gesamtumbau ohne ausreichende Verkehrsberuhigung, weshalb man Ziff. 1 der Vorlage nicht zustimmen könne. Er bittet deshalb um getrennte Abstimmung.

Stadtrat Ackermann ist sehr zuversichtlich, dass die Gelder fließen werden und stimmt deshalb zu.

Auf die Vorhaltungen von Stadtrat Dr. Förster erklärt Stadtrat Kern, dass der Artikel nicht von ihm sei, sondern es sich dabei um ein Interview handele. Der Verschiebung um ein Jahr habe er zugestimmt. Dies habe er auch im Interview gesagt, was aber falsch in der Zeitung wiedergegeben worden sei. Er sei gegen eine Entscheidung für Asphalt unter Zeitdruck und er habe darüber hinaus keine nicht öffentlichen Inhalte verbreitet, die nicht auch in der Pressemitteilung der Stadt enthalten waren. Das Interview habe er nicht aus persönlicher Befindlichkeit gegeben, sondern aus Sorge um den Schlossplatz. Am Bahnhof gebe es heute bereits Spurrillen. Das Spurrillenproblem gebe es auch in Mannheim und Stuttgart. Falsch seien im Übrigen die Aussagen, dass es keine Firma gebe, die die Betonausführungen mache und dass es keine entsprechenden Verlegemaschinen gebe. Hinsichtlich der personellen Vorgänge entschuldigt er sich, da er hier Vermutungen von dritter Seite aufgesessen sei und diese ungeprüft weitergegeben habe. Er wisse mittlerweile, dass diese Informationen nicht stimmen. Abschließend stellt er den Antrag, die Art und Weise der Bauausführung (Beton, Asphalt) erneut im Gemeinderat zu verhandeln.

Stadtrat Nerz ist für die Verschiebung, da man auch nochmals über die Fahrbahn sprechen könne. Man solle jedoch bereits heute mit der Auswahl der Bäume beginnen. Auch schlage er vor, mit der Einfahrt zum Schlossplatz eine Schwelle einzubauen, damit jeder merke, dass man auf einem Platz fahre.

## Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 22.04.2009

---

Der Vorsitzende erklärt auf die Frage von Stadtrat Dr. Manske eingehend, dass es sich bei der 1 Mio. EUR um die normalen Sanierungsgelder handele. Im Sanierungsgebiet sei auch die Herzogstraße, somit könne auch eine Sanierung des Capitols mit einbezogen werden. Dies habe mit den Konjunkturprogrammen nichts zu tun.

Nach Kenntnissen der Verwaltung sei die Verwendung von Naturstein auf der Fahrbahn auf dem Schlossplatz nicht möglich, da hier weiterhin die Buslinien verkehrten. Man wolle das Risiko, dass hier etwas schief gehe, nicht eingehen. Es sei nicht so, dass man keinen Mut habe. An dieser zentralen Stelle wolle man es jedoch nicht versuchen, da man keine Garantie geben könne, dass es klappe. Die Entscheidung für Asphalt sei Fakt. Ein Vorteil sei auch, dass man Asphalt schneller verlegen könne und die Belastung für die Gastronomie kürzer werde. Positiv sei auch, dass durch den Asphalt die Barockachse stärker betont werde, wobei man auch hier Gestaltungsvorschläge machen werde. Auch wenn die Verschuldung steige, müsse man betonen, dass der Schlossplatz das Herz der Stadt sei. Wenn die Arbeiten gut gemacht werden, seien alle zufrieden und man habe für eine lange Zeit Ruhe. Es gebe schon jetzt Löcher in den Natursteinböden und man wolle keinen Flickenteppich mehr.

Zum Granitzky-Parkplatz erklärt er, dass man zurzeit in intensiven Verhandlungen zu einem wesentlichen Punkt der Baumaßnahme sei, und zwar dem Gebäuderiegel zur Straße. Hier werde es voraussichtlich eine Ergänzung zur Justizakademie geben.

Der Antrag von Stadtrat Kern wird daraufhin mit 5 Ja-Stimmen, 17 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt.

### **Beschluss:**

1. Die Neugestaltung des Schlossplatzes wird komplett in einem Zuge realisiert (BA1+BA2), sofern die Fördermittel aus dem Konjunkturpaket II, i.H.v. ca. 437.000 EUR, im Mai 2009 vom Regierungspräsidium Karlsruhe bestätigt werden.
2. Die Realisierung der Schlossplatzneugestaltung soll im September 2010 begonnen werden.
3. Die bisherigen Beschlüsse zur Entwurfs- und Ausführungsplanung bleiben hiervon unberührt.

### **Zu Beschluss Ziff. 1:**

**21 JA          4 Nein                  0 Enthaltungen          0 Befangen**

### **Zu Beschluss Ziff. 2:**

**24 Ja          0 Nein                  0 Enthaltungen          0 Befangen**

### **Zu Beschluss Ziff. 3:**

**19 Ja          3 Nein                  2 Enthaltungen          0 Befangen**

**TOP 4    Bebauungspläne**

### **TOP 4.1 Bebauungsplan und Örtliche Bauvorschriften "Quartier VII" Vorlage: 686/2009**

#### **Sitzungsverlauf:**

Der Vorsitzende erklärt, dass der Bebauungsplan und die örtlichen Bauvorschriften zu „Quartier VII“ im Technischen Ausschuss detailliert erläutert wurden. Die Abwägungsvorschläge wurden schriftlich niedergelegt. Alle Anregungen wurden umgesetzt.

Die Auswirkungsanalyse, auch mit den Auswirkungen auf die Gemeinde Oftersheim und Plankstadt, liege vor. Aus bauplanungsrechtlicher Sicht gebe es keine negativen Auswirkungen. Die Strategie von Schwetzingen sei, die Innenstadt zu stärken und sehr stark in die Innenstadt zu investieren, während in den Außenbereichen nicht weiter expandiert werden solle. Auch die Nachbargemeinden sollten eine Versorgung des Innenbereichs aufbauen. In einer der nächsten Sitzungen werde noch ein Leitbild für Schwetzingen vorgestellt.

Stadtrat Dr. Wigand erklärt, dass der rechtliche Weg frei sei, die Nahversorgungswüste zurück zu drängen, wobei man noch nicht von einer Entspannung reden könne. Es gebe einen Ersatz für den Edeka-Markt und gleichzeitig einen Frequenzbringer für die umliegenden Geschäfte. Es handele sich um ein innenstadtverträgliches Sortiment. Das Gutachten sei zur Kenntnis genommen worden, der Markt werde jetzt auch von den Umlandgemeinden akzeptiert. Auch der Regionalplan bestätige, dass Schwetzingen Mittelzentrum sei.

Er lobt die feingliedrige Fassade, die sich ins Umfeld einpasse, außerdem die Mitfinanzierung des Kreisels durch die Firma Kaufland. In den Kleinen Planken müsse noch ein Nahversorgungszentrum entstehen. Im Außenbereich gebe es keinen Bedarf mehr an Verkaufsflächen, selbst frei werdende Standorte müssten auf den Prüfstand gestellt werden, ob hier eine Ersatzmaßnahme gebraucht werde.

Stadträtin Nötting kann die Worte ihres Vorredners unterschreiben. Nachdem die Grundversorgung in der Innenstadt immer mehr weggebrochen sei, sei hier die Servicewüste komplett. Aus baurechtlichen Gründen sei es nicht immer zu verhindern gewesen, dass Supermärkte im Außenbereich expandierten. Auch sie plädiert für eine weitere Versorgung in der Nähe der Kleinen Planken.

Auf die Frage von Stadträtin Glöckler erklärt der Vorsitzende, dass ein weiterer Standort laut Auswirkungsanalyse möglich sei. Dies sei auch mit der Firma Kaufland abgestimmt.

Auf die Frage von Stadträtin Nötting erklärt der Vorsitzende, dass die städtebaulichen Verträge im Mai unterschrieben würden. Baubeginn sei dann im Mai/Juni 2009 und die Eröffnung sei für den Sommer 2010 geplant.

Während sich Stadtrat Rupp über die städtebauliche Gestaltung freut, hat Stadtrat Ackermann Bedenken, dass es zu Umsatzeinbußen bei den Einzelhändlern komme. Da man jedoch wolle, dass die Innenstadt gestärkt werde und nicht ausblute, solle man froh sein, dass der Markt komme.

Stadträtin Maier-Kuhn ist der Meinung, dass Konkurrenz das Geschäft belebe und glaubt nicht, dass der Umsatz einbreche.

Nachdem Stadtrat Nerz nochmals darauf hingewiesen hat, dass es auf der grünen Wiese schon zuviel Einkaufsmöglichkeiten gibt, weist der Vorsitzende nochmals auf die deutliche Verbesserung der Verkehrssituation durch den Kreisverkehr hin.

## **Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 22.04.2009**

---

Auf die Frage von Stadtrat Kern, welchen Weg die großen LKW's nehmen, erklärt der Vorsitzende, dass dies durch die Carl-Theodor-Straße und die Gustav-Hummel-Straße frühmorgens geschehe. Er weist darauf hin, dass es sich um das komplizierteste Bauvorhaben der letzten 10 Jahre handle und richtet seinen Dank an die Verwaltung, insbesondere an Herrn Welle, Frau Schellhorn und Herrn Voegelé.

### **Beschluss:**

Der Technische Ausschuss empfiehlt dem Gemeinderat folgenden Beschluss zu fassen:

1. Den Abwägungsvorschlägen der Verwaltung zu den Ergebnissen der erneuten Einholung der Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Trägern Öffentlicher Belange sowie der Anregungen der Bürger im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung wird zugestimmt.
2. Der Bebauungsplan „Quartier VII“ wird nach § 10 BauGB als Satzung beschlossen.
3. Die bauordnungsrechtlichen Festsetzungen zum Bebauungsplan „Quartier VII“ in der Fassung vom 02.04.2009 werden nach § 74 LBO als Satzung beschlossen.

**Ja 24 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

**TOP 4.2 Bebauungsplan "Scheffelstraße - Hölderlinstraße"  
Verlängerung der Veränderungssperre vom 7. Mai um ein weiteres Jahr  
Vorlage: 685/2009**

**Sitzungsverlauf:**

Der Vorsitzende informiert, dass die Verlängerung der Veränderungssperre notwendig sei, auch wenn der Eigentümer mittlerweile eine andere Nutzung plane und keine weiteren Märkte mehr ansiedeln wolle.

**Beschluss:**

Für den Geltungsbereich des Bebauungsplans „Scheffelstraße – Hölderlinstraße“ – wie im Lageplan vom 19. April 2007 dargestellt - wird eine Verlängerung der Veränderungssperre vom 07. Mai 2007 nach § 17 Abs. 1 S. 3 Baugesetzbuch (BauGB) i.d.F. der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414) zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes zur Erleichterung von Planungsvorhaben für die Innenentwicklung der Städte vom 21.12.2006 (BGBl. I S. 3316) um ein weiteres Jahr beschlossen.

**Ja 24 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

**TOP 5 Hildaschule - Erneuerung Fenster 2. BA  
Vorlage: 682/2009**

**Sitzungsverlauf:**

Keine Diskussion.

**Beschluss:**

1. Die Firma Storf GmbH, 68782 Brühl, erhält den Auftrag zur Erneuerung der Fenster des 2. Bauabschnitts in Höhe von brutto 141.831,34 EUR.
2. Die Firma Maler Schmitt, Birkenau, erhält den Auftrag für Maler-, Lackierer- und Putzarbeiten in Höhe von brutto 11.778,50 EUR.

**Ja 24 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

**TOP 6 Hildaschule - Erneuerung der Sanitäranlagen im Hauptgebäude  
Vorlage: 690/2009**

**Sitzungsverlauf:**

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass es sich bei den Toiletten in der Hildaschule um ein seit längerer Zeit bestehendes Problem handele. Die Toiletten seien nicht mehr zumutbar und man solle jetzt die Chance nutzen, Fördermittel aus dem Konjunkturpaket II zu erhalten.

Stadtrat Imhof freut sich, dass die Verwaltung auf seinen Vorschlag aus den Haushaltsanträgen eingehe. Man habe gerade eine Millioneninvestition verschoben und könne sich jetzt im Bereich der Schulen antizyklisch verhalten. Er bittet um eine Zusammenstellung, welche Anträge von den Schulen vorliegen und um Erstellung einer Prioritätenliste für anstehende Sanierungsmaßnahmen, wie er dies bereits vor Monaten gefordert habe. Aus Sicherheitsgründen sei die Sanierung der Toilettenanlage immer wieder zurückgestellt worden. Durch die Sanierung der Hirschackerschule seien die Fördermittel wohl weitgehend ausgeschöpft. Sollte es jedoch weitere Gelder geben, ist man in der Lage, aufgrund der Prioritätenliste eine schnelle Entscheidung zu treffen.

Stadträtin Nötting, Stadtrat Rupp und Stadtrat Oliver Völker stimmen wegen des desolaten Zustands der Toiletten ebenfalls zu.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass das Gebäude zwar nicht barrierefrei sei, dass man mit einer behindertengerechten Toilette jedoch einen ersten Schritt machen wolle. Auch er hält es richtig, sich antizyklisch zu verhalten, die beantragte Liste sei in Arbeit, es sei jedoch eine Menge Arbeit. Auf jeden Fall solle man das Konjunkturpaket komplett ausschöpfen.

**Beschluss:**

Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung mit der Ausschreibung zur Sanierung der Sanitärräume der Hildaschule.

Der Gemeinderat stimmt der außerplanmäßigen Ausgabe zu. Die Haushaltsmittel sind im Nachtragshaushalt 2009 zu berücksichtigen.

**Ja 24 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

**TOP 7 Vergabe Obdachlosenunterkunft  
Vorlage: 684/2009**

**Sitzungsverlauf:**

Bei den Beschlüssen zu TOP 7 und TOP 8 wird auf den großen Unterschied zwischen der Kostenschätzung und den tatsächlichen Ausschreibungsergebnissen hingewiesen.

Auf die Frage von Stadtrat Toni Völker, erklärt der Vorsitzende, dass die günstigsten Angebote wohl auf die Konjunkturkrise zurückzuführen seien. Die Firmen wollten die Aufträge unbedingt erhalten, bevor sie Leute entlassen müssen.

**Beschluss:**

Die zur Vergabe anstehenden Gewerke für den Neubau der Obdachlosenunterkunft in der Scheffelsiedlung werden an folgende Bieter vergeben:

1. Trockenbauarbeiten an die Firma Georg Baumann GmbH, Edingen-Neckarhausen, zum Angebotspreis abzügl. 3 % Nachlass von 24.802,44 EUR.
2. Tischlerarbeiten an die Firma MKL, Metzger & Kemptner GdbR, Schwetzingen, zum Angebotspreis von 28.428,74 EUR.
3. Estricharbeiten an die Firma Bozic Estriche GmbH, Kirchheim/Teck, zum Angebotspreis abzügl. 2 % Nachlass von 18.952,71 EUR.
4. Putzarbeiten an die Firma Schumacher GmbH, Phillipsburg, zum Angebotspreis abzügl. 4 % von 39.396,37 EUR.
5. Malerarbeiten an die Firma Peter Jokel GbR, Finsterwalde, zum Angebotspreis von 13.696,90 EUR.

**Ja 24 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

**TOP 8 Überflutungsschutzprojekt - Friedrichsfelder Straße -  
Vorlage: 683/2009**

**Sitzungsverlauf:**

Bei den Beschlüssen zu TOP 7 und TOP 8 wird auf den großen Unterschied zwischen der Kostenschätzung und den tatsächlichen Ausschreibungsergebnissen hingewiesen.

Stadtrat Dr. Manske weist darauf hin, dass beim Überflutungsschutzprojekt die Straßen durch den LKW-Verkehr stark beschädigt seien. Der Vorsitzende will sich das Problem ansehen und prüfen, wer für die Kosten aufkommt.

Auf die Frage von Stadtrat Toni Völker, erklärt er, dass die günstigsten Angebote wohl auf die Konjunkturkrise zurückzuführen seien. Die Firmen wollen die Aufträge unbedingt erhalten, bevor sie Leute entlassen müssen.

**Beschluss:**

Die Firma Sonntag, Baugesellschaft mbH, Bingen-Kempton, erhält den Auftrag zur Herstellung des Entlastungskanals in der Friedrichsfelder Straße in Höhe von brutto 392.427,43 EUR.

**Ja 24 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

**TOP 9     Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen  
Vorlage: 689/2009**

**Sitzungsverlauf:**

Keine Diskussion.

**Beschluss:**

Der Annahme bzw. Vermittlung der in der Anlage aufgeführten Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen wird zugestimmt.

**Ja 24    Nein 0    Enthaltung 0    Befangen 0**

### TOP 10 Öffentliche Bekanntgaben / Anfragen

#### Sitzungsverlauf:

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass anstatt der Verwaltungsausschusssitzung am 16. Juli am 15. Juli 2009 eine Gemeinderatssitzung stattfindet. Die Verschiebung sei notwendig, da die RNF-Sommertour am Donnerstag zu Gast in Schwetzingen sei. Im Juli werde man damit 3 Gemeinderatssitzungen haben, am 15.07.2009 werde der alte Gemeinderat verabschiedet, der neue Gemeinderat verpflichtet und der Jahresabschluss vorberaten.

Frau Dubbelman weist darauf hin, dass Frau Bacher, die die Kurfürstenstube betreibe, gekündigt worden sei. Die Frau sei fix und fertig und wisse nicht, wie es weitergehen soll. Hier handele es sich auch um eine Existenzfrage. Sie stellt die Frage, wer diese Entscheidung getroffen habe. Der Vorsitzende will gerne nachfragen, weist jedoch darauf hin, dass dies in der Zuständigkeit des Landes liege. Er wisse, dass hier Renovierungsarbeiten durchgeführt werden sollen; außerdem gebe es Überlegungen, ein Besucherzentrum einzurichten. Für dieses kämen nur die Wachhäuschen oder das Erdgeschoss im Schloss infrage.

Stadtrat Ackermann weist darauf hin, dass die Freien Wähler für 2010 einen Antrag stellen werden, das letzte Kindergartenjahr beitragsfrei zu stellen. Da hierfür Vorarbeiten notwendig seien, solle das Thema im zweiten Halbjahr diskutiert werden.

Stadträtin Münch weist darauf hin, dass es auf dem Fahrradweg vom Hirschacker über die Brücke immer wieder sehr viele Scherben gebe, woraufhin aus dem Gremium versichert wird, dass die Kehmaschine regelmäßig dort kehre.

Stadtrat Dr. Grimm möchte, dass das Gremium über den Anschlusszwang per Bebauungsplan im Schälzig diskutiere. Man solle zumindest Pelletöfen und Niedrigenergiehäuser zulassen.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass man keine größeren Emissionen in diesem Baugebiet wolle. Dies sei aus ökologischer Sicht sinnvoll, Öfen seien jedoch zugelassen. Er gehe davon aus, dass man beispielsweise ein Passivhaus im Baugenehmigungsverfahren befreien könne. Grundsätzlich könne man über das Thema jedoch nochmals diskutieren.

Frau Glöckler spricht die Verkehrssituation am Kreisel in der Scheffelstraße an, wo es wohl des Öfteren schon zu Unfällen zwischen Autos und Fahrrädern gekommen sei. Der Vorsitzende erklärt, dass hier nichts bekannt sei. Fahrräder seien auf dem roten Streifen nicht bevorrechtigt, es sei denn, es handele sich um einen ausgewiesenen Fahrradweg.

Stadtrat Dr. Manske bittet darum, die Verkehrsregelung für Fahrradfahrer in der Herzogstraße bei der nächsten Verkehrstagfahrt nochmals zu überprüfen. Insbesondere in den Kurven müsse man eine Lösung finden, da hier die Fahrräder von den Autos geschnitten würden. Dem Vorsitzenden ist das Problem mit dem Nord-Süd-Fahrradverkehr bekannt. Man habe deshalb Parkplätze und ein Beet in der Herzogstraße entfernt.

Stadtrat Dr. Manske ist bekannt, dass bei Bauvorhaben die Ausschreibungsgrenzen geändert wurden. Er stellt die Frage, ob hier jetzt auch beschränkt ausgeschrieben werden kann. Der Vorsitzende möchte dies nicht oder nur im Ausnahmefall machen, da hier der Korruption Vorschub geleistet werden könne. Hier hätten die Mitarbeiter auch einen Anspruch auf einen gewissen Schutz.